

Es gilt das gesprochene Wort!
Burbach, 09.11.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kollegin, lieber Kollege,
liebe Freundin, lieber Freund,

Rassistische Einstellungen sind in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet. Seit über einem Jahrzehnt ermitteln repräsentative Befragungen die Einstellungen und Haltungen der deutschen Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten. Die Befunde sind dramatisch: Die ablehnenden Haltungen gegenüber Nicht-Deutschen, Muslimen, Flüchtlingen, Juden, Roma, Schwarzen Menschen, Obdachlosen und Empfängern staatlicher Transferleistungen wie Hartz IV sind nicht nur am Rand, sondern besonders in der Mitte der Gesellschaft auf dem Vormarsch. Eine repräsentative Befragung (»Die Mitte im Umbruch «) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt im Jahr 2012 u.a. zu dem Ergebnis, dass etwa zwei Drittel der deutschen Bevölkerung den Aussagen »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen« und »Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet« mindestens teilweise zustimmen.

Dass »Juden (...) etwas Besonderes und Eigentümliches an sich [haben] und eigentlich (...) nicht so recht zu uns passen«, halten knapp 40 Prozent der Bevölkerung für eine mindestens zum Teil berechnigte Position. Und bis zu 80 Prozent der Bevölkerung stehen Meinungsäußerungen wie »Der Islam ist eine archaische Religion, unfähig, sich an die Gegenwart anzupassen« oder »Muslime und ihre Religion sind so verschieden von uns, dass es blauäugig wäre, einen gleichen gesellschaftlichen Zugang zu allen Positionen zu fordern« grundsätzlich offen gegenüber Insbesondere im Schutz der Anonymität des Internets werden solche Vorurteile, Stereotype und Ressentiments gegen Muslime und andere gesellschaftliche Minderheiten ungefiltert und unkontrolliert verbreitet.

Über einschlägige Blogs und Foren wird häufig zu Hass und Gewalt angestachelt, dazu aufgerufen, prominente Angehörige von Minderheiten und ihre Unterstützer unter Druck zu setzen und die Kommentarseiten von Onlinemedien zu beeinflussen. Die Betreiber und Kommentatoren in solchen Blogs und Foren machen es sich dabei zu Nutze, dass wenige Aktive dazu ausreichen, die veröffentlichte Meinung in Onlinemedien nachhaltig zu bestimmen.

Vorurteile, Stereotype und Ressentiments entfalten Wirkung: Sie werden von gewaltbereiten Rassisten als Legitimation für ihre Verbrechen instrumentalisiert, von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen als Mobilisierungsthemen benutzt und finden ihren Niederschlag auch im Alltag. Diskriminierungen finden sich bei der Arbeits- und Wohnungssuche, im Bildungssystem, bei Behörden oder auf der Straße.

An verschiedenen Orten in Deutschland stößt die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden auf Widerstand in der Bevölkerung, Anwohnende wehren sich in Bürgerinitiativen gegen

den Bau von Moscheen oder Synagogen in ihrem Wohnumfeld, Sinti und Roma, arabische oder türkeistämmige Familien und Schwarze werden als Nachbarn abgelehnt und bei der Wohnungsvergabe benachteiligt. zur Bundestagswahl 2013

Diese RASSISTISCHEN EINSTELLUNGEN Gilt es zu ÜBERWINDEN
Wenn man Menschen Z. B. Anwohner von Flüchtlingsheimen fragt kommt folgendes

■ »Die Leute haben Angst, haben Angst um ihre Grundstücke, haben Angst, dass diese Grundstücke erstens entwertet werden, das ist die ökonomische Variante, aber die größere Angst besteht doch darin: Zunahme der Kriminalität, Drogenkriminalität, Beschaffungskriminalität.«

■ »Meine Befürchtungen gehen dahinaus, dass der soziale Frieden in diesem Wohngebiet nicht mehr gewährleistet ist.«

■ »Die müssen nicht unbedingt hierhin, weil hier ist ein Wohngebiet und das passt halt nicht hierher.«

Die Bearbeitung von rassistischen Vorurteilsstrukturen ist deshalb ein wesentlicher Baustein zur Überwindung der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Minderheiten. Sie ist zugleich ein Gebot, das sich aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ableitet, die in Artikel 1 die Begegnung der Menschen »im Geist der Brüderlichkeit « proklamiert. Zivilgesellschaftliche Einrichtungen und kommunale Initiativen haben in den letzten Jahrzehnten unter anderem durch Information, Dialog und Begegnung, durch Fortbildungsangebote und Sensibilisierungsmaßnahmen viel dazu beigetragen, rassistische Stereotype zu hinterfragen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Das präventive Engagement in der vorschulischen Erziehung, der schulischen Bildung, der beruflichen Ausbildung sowie in Betrieben und Behörden wird von staatlichen Stellen bislang nicht ausreichend unterstützt und oftmals sogar erschwert oder diskreditiert.

Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge Anforderungen an die künftige Bundespolitik

Rassismus überwinden - Diskriminierungen verhindern!

Die Aufdeckung der Morde und Anschläge des so genannten » Nationalsozialistischen Untergrunds« haben die Öffentlichkeit und Politik aufgeschreckt und gleichzeitig das Versagen der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung rechtsextremer Straf- und Gewalttaten deutlich gemacht. Die Aufarbeitung der Versäumnisse der Sicherheitsbehörden ist daher von ebenso großer Bedeutung wie die strafrechtliche Verfolgung aller rechtsextremen Gewalt und Straftaten und die Unterstützung der Opfer und Angehörigen. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen knüpfen bei der Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie an rassistische Stereotype an. Sie instrumentalisieren diese menschenfeindlichen Einstellungen auch als Legitimation für ihre Straf- und Gewalttaten. Neben der Verhinderung und Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie rechtsextremistischer Straf- und

Gewalttaten sind die Verhinderung von Diskriminierungen und die Überwindung der in allen Teilen der Bevölkerung verbreiteten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zentrale Herausforderungen für Staat und Gesellschaft. Gefordert ist deshalb eine umfassende und handlungsorientierte Strategie, die alle Politikfelder einbezieht. Zentrale Bausteine dieser Strategie, die von Bundestag und Bundesregierung unmittelbar nach der Bundestagswahl umgesetzt werden sollte, sind

- eine zukunfts feste und ausreichende Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Strukturen zum Abbau rassistischer Stereotype und zur Förderung von Akzeptanz der gesellschaftlichen Vielfalt sowie zur Unterstützung von Opfern von rechtsextremer Gewalt;

- die Weiterentwicklung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), einschließlich der Ausweitung der Reichweite auf staatliches Handeln.

- die Nutzung aller rechtsstaatlichen Mittel, um gegen die menschenverachtende und antidemokratische Ideologie der NPD vorzugehen.

Europa darf sich nicht einmauern!

Von den weltweit rund 43 Millionen Flüchtlingen sucht nur ein geringer Teil Schutz in Europa. Dennoch versucht Europa, deren Schutzsuche durch Zurückweisung und Aufrüstung der Grenzsysteme zu verhindern. Transitstaaten werden dazu gedrängt Rückübernahmeabkommen abzuschließen. Die Folgen der Maßnahmen sind dramatisch, nach Dokumentation von »Fortress Europe« starben seit 1988 rund 18.000 Menschen oder werden vermisst. Dies ist eine Schande – um es mit dem Papst zu sagen. Schaffen die Flüchtlinge dennoch den Weg in die Europäische Union, so sind ein faires Asylverfahren und die menschenwürdige Aufnahme nicht gewährleistet. Stattdessen wird ein großer Teil der Asylanträge in Deutschland nicht mehr inhaltlich geprüft, sondern lediglich festgestellt, dass ein anderer EU-Staat zu ständig ist. Folglich wird die Überstellung dorthin angeordnet. Vielfach finden sich die »überstellten« Flüchtlinge in einer völlig hoffnungslosen Situation wieder: In Italien, Ungarn und auf Malta gibt es kein Aufnahmesystem, das eine menschenwürdige Unterbringung garantiert.

Dehalb ist es notwendig

- dass Schutzsuchenden an Europas Grenzen eine gefahrenfreie Einreise sowohl an der Land- als auch an der Seegrenze ermöglicht und die Praxis von Grenzschutz -behörden, Flüchtlinge illegal zurück zu weisen, sofort beendet wird;

- darauf hinzuwirken, dass die Asylzuständigkeitsregelung so verändert wird, dass derjenige EU-Staat, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen möchte, zuständig und effektiver Rechtsschutz gewährleistet ist.

Die Novemberpogrome 1938 – bezogen auf die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 auch (Reichs-)Kristallnacht oder

Reichspogromnacht genannt - waren vom nationalsozialistischen Regime organisierte und gelenkte Gewaltmaßnahmen gegen Juden im gesamten Deutschen Reich.

Dabei wurden vom 7. bis 13. November 1938 etwa 400 Menschen ermordet oder in den Selbstmord getrieben.[1] Über 1.400 Synagogen, Betstuben und sonstige Versammlungsräume sowie tausende Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe wurden zerstört.[2] Ab dem 10. November wurden ungefähr 30.000 Juden in Konzentrationslagern inhaftiert, von denen Hunderte ermordet wurden oder an den Haftfolgen starben.

Die Pogrome markieren den Übergang von der Diskriminierung der deutschen Juden seit 1933 zur systematischen Verfolgung, die knapp drei Jahre später in den Holocaust an den europäischen Juden im Machtbereich der Nationalsozialisten mündete.

Wir haben gelernt, wie die Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen; doch wir haben die einfache Kunst verlernt, wie Brüder zu leben.

- „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“
